



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

1/XIII/52 - 1. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite:

Zeilen:

1a	Moskau drängt Nicht in Prozedurfragen stecken bleiben !	66
3	Die Warnung eines deutschen Krebsforschers Generationen von Erbkranken werden uns folgen - Erkenntnisse des Radiologen Professor Holthusen	70
4	Die neue Bundesmarine und Admiral a.D. Raeder Unnötige Belastung - Verständnisvoller Konteradmiral Rogge	46
7	Unsere Verbündeten sind teuer (II und Schluss) Von Klaus Jelonneck	127

\* \* \* \* \*

### Moskau drängt

ler.- Seit vielen Monaten spricht die politische Welt von der Gipfelkonferenz. Dass sie stattfinden wird, gilt als sicher. Wann sich aber die Regierungschefs von West und Ost zu diesen weltpolitischen Gesprächsbegegnungen werden, bleibt ein Rätselraten. Nur die Sowjetunion hat darüber bestimmte Vorstellungen. Sie möchte die Aussenministerkonferenz als Vorstufe zum Gipfel im April und das Treffen der Regierungschefs im Juni haben. Es gibt nun recht einflussreiche Stimmen im Westen, die aus dem russischen Erängen auf eine russische Schwäche schliessen. Nichts wäre verhängnisvoller, liesse sich die westliche Politik von solchen Wunschvorstellungen leiten. Was immer auch die Motive der Sowjetunion für ein möglichst baldiges Stattfinden der Gipfelkonferenz sein mögen, so haben sie doch nicht das geringste mit Schwäche oder der Furcht zu tun, vom Westen in der Zukunft militärisch überrollt zu werden. Das durch A- und H-Bomben hergestellte Gleichgewicht der beiden Mächteblocks sollte diese Illusionen ausschalten - und dies gilt für beide Seiten.

Nur zögernd können sich manche führende Politiker des Westens mit dem Gedanken einer Gipfelkonferenz befreundet. Sie verweisen auf Genf. Gewiss gingen die an das damalige Treffen hochgespannten Erwartungen nicht in Erfüllung - das Genfer Eichelkorn erstarb im Kanonendonner von Suez und im Getöse der Strassenschlachten von Budapest. Das tiefeingewurzelte Misstrauen zwischen beiden Mächteblocks erhielt neue Nahrung. Wenn damals Genf ein Fehlschlag war, so bedeutet dies jedoch nicht, dass ähnliche Begegnungen wieder scheitern müssen, oder dass man sie deshalb überhaupt nicht erstreben soll. Das wäre der Verzicht auf jede Politik. Damals mag es den Mächtigen dieser Erde nicht so stark bewusst gewesen sein, dass sie, unabhängig von ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen unter einem Zwang stehen: Dem Zwang, gemeinsam nach Entspannung und Abrüstung zu suchen, oder sich tatenlos einer Entwicklung zu überlassen, die der Kontrolle auch der grössten Atommacht entgleitet. Der Fortlauf des Wettrüstens führt mit Gewissheit zu einem alle verschlingenden Untergang, ausserdem führt er zur moralischen und materiellen Erschöpfung der daran Beteiligten. Die Völker dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs fühlen dies, doch nicht nur diese allein. Der Druck

nicht an Mächteblöcke gebundenen Völker wird immer fühlbarer, ihn kann sich keine Weltmacht entziehen. Am stärksten kommt er aus Japan, dem Land, das die Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki noch heute nicht überwunden hat.

Der Westen wäre schlecht beraten, liesse er die gewisse notwendige gründliche Vorbereitung für ein Gipfel-Treffen in Prozedurfragen ersticken, oder sich von dem Trugbild leiten, je später die Gipfelkonferenz stattfindet, umso besser wäre es für die westliche Welt. Die verantwortlichen westlichen Staatsmänner hatten ja inzwischen genügend Zeit, sich für das Treffen mit den Russen und wen immer sie noch dabei haben wollen, vorzubereiten, da deren politische Vorstellungen in vielen Bulgarien-Briefen ihren Niederschlag gefunden haben. Was der Westen benötigt, und was wichtiger ist als noch mehr Atomwaffen und Divisionen, ist mehr Phantasie und Elastizität. Es zeugt von Armut an Vorstellungskraft, wenn, wie sich dieser Tage ein amerikanischer Staatsmann vernehmen liess, die USA bereit seien, auf die Versuchs-Explosionen mit nuklearen Waffen zu verzichten und Konzessionen auch auf anderen umstrittenen Gebieten zu machen, aber Frankreich die Möglichkeit geben wollen, doch noch die vierte Atommacht zu werden. Wer würde dann nach Frankreich folgen? Würde dies nicht zwangsläufig den Sprung in die Atomarchie bedeuten, was zu vermeiden eine der ersten Aufgaben der Gipfelkonferenz sein soll?

Die Rolle der Bundesrepublik in dieser Phase der Vorbereitungen, der verwirrenden Pläne und Gegenpläne, sollte eindeutig sein. Sie sollte nicht im Westen als Bremse auftreten, oder gar zulassen, dass auf ihrem Boden durch Errichtung von Raketenabschussbasen oder durch Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen Tatsachen geschaffen werden, die von vornherein einen Erfolg der Gipfelkonferenz infrage stellen würden. Das verbietet schon die Spaltung unseres Landes. Sie kann ja nur behoben werden, wenn zwischen Ost und West auf dem Wege über Abrüstung und Entspannung, zu dem als wichtige Teilstrecke auch der Rapacki-Plan gehört, ein Mindestmass an normalen Beziehungen erreicht wird. Wer sich dieser Binsenwahrheit verschliesst, handelt töricht, oder hat Schlimmes im Sinn.

+ + +

4. März 1958

### Die Warnung eines deutschen Krebsforschers

EKO Dr. Hermann Holthusen, Professor der Radiologie an der Universität Hamburg, der seinen internationalen Ruf als Chefarzt des Strahlensinstitutes am Allgemeinen Krankenhaus St. Georg in Hamburg nach jahrzehntelangen Wirken begründete, richtet an die Ärzte und die Öffentlichkeit eindringliche Warnungen vor den Gefahren der durch Strahlungen bedingten radioaktiven Verseuchung. Seinen Ausführungen stellt er die Ansicht des Historikers Carl Jacob Burckhardts voran, der schon 1922 schrieb: "Noch ein Krieg, und wir werden unter dem Druck der Angst, des Hasses, des Zorns Zerstörungsmittel ersinnen, die uns dann endlich die furchtbare Antwort der von uns so umworbenen Materie geben werden ..." Allzu sehr hat der Seher Burckhardt recht behalten. Dieser Krieg ist gekommen. Die entdeckten Zerstörungsgewalten übertraf weit jede Befürchtung.

Professor Holthusen wendet sich an die Krebsforscher, die Ärzte aller Völker: "Die Versuche des amerikanischen Genetikers Muller an der Fruchtfliege *Drosophila* haben jene Strahlenwirkung erkennen lassen, die darin besteht, dass auf künstlichem Wege Erbänderungen, 'Minusvarianten', hervorgerufen werden. Nur sehr selten sind Mutationen günstig verlaufen. Man muss allgemein wissen, dass sich in langer Entwicklung der Genbestand der Menschen seiner Umwelt optimal angepasst hat und dieser Genbestand nunmehr der günstigste ist. Jede Mutation, das heißt jede Änderung der Genzusammensetzung, bedeutet zwangsläufig eine Minderung der Anpassung und damit eben eine Minusvariante."

Der Forscher begründete seine Erkenntnisse über die Folgen der radioaktiven Strahlungen, die seit den Detonationen der ersten Atombomben die Menschheit bedrohen. "Immer gab es durch Umweltstrahlungen bedingte Spontanmutationen, ausgesprochene Missbildungen, krankhafte Entartungen. Erbkrankheiten und erhebliche Missbildungen würden sich im Laufe der Generationen in ganz anderem Masse angehäuft haben, als es tatsächlich geschehen ist, wenn diese Abarten nicht auch eine geringe Lebensfähigkeit aufwiesen und im natürlichen Ausleseprozess wieder ausgeschieden würden. Der 'Selektionsdruck' hat die Defektmutationen ausgemerzt."

4. März 1958

Nach diesen Feststellungen erklärt Professor Holthusen: "Jede zur den aus natürlichen Ursachen entstandenen Mutationen hinkommende Quelle der Mutationserzeugung muss nicht nur als unerwünscht, sondern auf die Dauer auch als für das menschliche Erbgut durchaus ungünstig angesehen werden. Mehr als das: Da es für diese Form der Schädigung keinen Schwellenwert, (keine Toleranz - oder Indifferenzdosis - die Redaktion) gibt, muss jede, auch noch so geringe auf die Conaden (die Träger des Erbguts) fallende Strahlenmenge als äusserst bedenklich gelten, weil daraus eben die Erhöhung der Mutationstrate resultiert. Es ist wohl ein Glück für die Menschheit, dass die Gefährdung durch ionisierende Strahlen, durch die radioaktiven Spaltprodukte der Urankernspaltung, erst in dem Augenblick aktuell geworden ist, in dem die biologische Wissenschaft soweit fortgeschritten war, dass auch die genetischen Schädigungsmöglichkeiten ihrem Wesen nach erkannt werden konnten. Dennoch sind unsere Kenntnisse hinsichtlich der Abschätzung der Gefahrengrosse noch äusserst lückenhaft. Folgen der Strahleneinwirkung sind bekanntermassen - von den Mutationen abgesehen - die erhöhte Bereitschaft zu Leukämie, zum Auftreten maligner Tumore und die uttrassliche Abkürzung der mittleren Lebensdauer. Auch hierfür muss man nach den neuerdings angestellten Tierversuchen, in denen Strahlenwirkungen während der Lebenszeit - somatische Strahlenschäden - nachgewiesen und genauer untersucht wurden, den Schluss ziehen, dass es keinen Schwellenwert gibt. Damit soll gesagt sein, dass selbst auch die höchstzulässigen Strahlungsdosen soweit wie möglich herabzusetzen sind. "

Die nächsten Feststellungen des Forschers müssten eigentlich allen Politikern und Militärs in West und Ost sehr zu denken geben, die sich im atomaren Wettstreit zu übertreffen suchen: "Die mit der Auslösung von Mutationen eintretende potentielle Schädigung geht auf die Nachkommen über. Die genetische Strahlenschädigung und die durch sie bedingte Strahlengefährdung sind überindividuell. Nicht das Individuum selbst, das eine genetische Schädigung erfahren hat, sondern seine Nachkommenschaft ist belastet."

Auf der Menschheit liegt also eine furchtbare Hypothek. Generationen von Erbkranken werden uns folgen, wenn die Tests nuklearer Bomben nicht aufhören und vielleicht sogar diese Waffen zum Einsatz gelangen. Niemand sage, dies sei unmöglich. Auch Alfred Nobel glaubte, so drückte er es in seinem Testament aus, dass sein Sprengstoff künftig jeden Krieg unmöglich machen würde. So furchtbar wäre die zerstörende Wirkung des Dynamits. Nobel irrte sich, und nach ihm werden sich die Irren, die mit dem Feuer vier Jahrzehnte vor dem Ende dieses Jahrtausends spielen.

4. März 1958

Die neue Bundesmarine und Admiral a.D. Raeder

mu, Flensburg

Es war nicht eine der üblichen Routineunterhaltungen, zu der der Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Käber (SPD), mit dem Befehlshaber im Wehrbereich I, Konteradmiral Rogge und dem Kommandeur der einzigen Marineoffiziersschule, Flottenadmiral von Wangenheim, in diesen Tagen zusammentraf. Es ging wieder einmal um den Großadmiral a.D. im Dritten Reich, Raeder, und den Deutschen Marinebund mit seinen Marinekameradschaften. Die Flensburger Marinekameradschaft hatte nämlich Raeder zum Ehrenmitglied ernannt und zu dem 62. Stiftungsfest, wo die feierliche Ernennung Raeders in dessen Gegenwart vorgenommen wurde, war auch von Wangenheim mit einigen seiner Stabsoffizieren offiziell erschienen. Nur, Rogge hat Käber versichert, daß sich so etwas nicht wiederholt. Man war sich einig darüber, die junge Bundesmarine künftig von derartigen Belastungen frei zu halten.

Man hätte die ganze Angelegenheit jetzt zu den Akten legen können, wenn nicht seit Jahren die Tätigkeit Raeders im Deutschen Marinebund und die wiederholte Beteiligung (wenn auch passiver Art) von Marineoffizieren der neuen Bundeswehr dabei zu ernstern Besorgnissen Anlaß gäbe. Es hat sich doch ebenso in der Bundesmarine herumgesprochen, daß Raeder sich dazu hergab, ausgerechnet am 20. Juni 1957, dem 13. Jahrestag des mutigen Attentats gegen Hitler vom Kieler Marinebund zum Ehrenmitglied bestimmt zu werden. Raeder rückte bereits 1956 in den Brennpunkt der Auseinandersetzungen, als er durch einen Mehrheitsbeschluß des Kieler Magistrats die Ehrenbürgerschaft zurückerkhalten sollte, die ihm einmal durch eine gleichgeschaltete NS-Ratsversammlung verliehen worden war. Bereits zu jener Zeit haben doch die Offiziere der NATO-Staaten Dänemark und Norwegen zu verstehen gegeben, daß für die deutsche Bundesmarine eine weitgehende Zurückhaltung Raeder gegenüber am Platze wäre.

Raeder ist im Übrigen auch nicht der Mann, mit dem der Offizier der neuen Bundesmarine aus gesellschaftlichen Gründen Kontakt pflegen kann. Der in der deutschen Marine hoch angesehene Kapitän zur See G. F. Paschen wurde nämlich am 18. November 1943 in Brandenburg an der Havel durch das Bcill wegen detaillistisch Äußerungen hingerichtet - nachdem Raeder hier einem Kameraden und langjährigen Schulfreund gegenüber menschlich vernichtend versagt hatte.

Paschen war ein ebenso tadelloser wie mutiger Offizier, der in 3. Reich aus seinem Herzen keine Mördergrube machte. Als Paschen getarnten Gestapoagenten gegenüber unvorsichtig gewesen war und der Prozeß lief, erschien seine Tochter bei Raeder und flehte verzweifelt um Hilfe. Sie hat jetzt gesagt, daß Raeder nur eine abweisende Handbewegung und die Worte: "Er soll selbst sehen, wie er damit fertig wird" übrig hatte. So handelte Raeder seinem Kameraden und Schulfreund gegenüber - und am Ende schickten die Henker der Frau Paschen die blutbesudelte Kleidung in die Wohnung und die Rechnung für die Hinrichtung dazu.

Das Offizierskorps der neuen Bundesmarine hat allen Grund, sich von Raeder zu distanzieren. Das sollte ihnen auch endlich das Bundesverteidigungsministerium befehlen.

\* \* \*

Unsere Verbündeten sind teuer (II)

Von Klaus Jelonneck

Gespräch im "Panzerkreuzer"

Die Freiburger nennen das Stabsquartier des 1. Armeekorps am Fahrenberg-Platz den "Panzerkreuzer". Tatsächlich sieht das moderne Hochhaus noch auf Besatzungskosten errichtet - in seinem architektonischen Schnitt und den Antennenaufbauten wie ein Kriegsschiff aus. Der Wachhabende am Eingang mit seinem roten "PM" am Stahl-bzw. Papphelm spricht kein Wort Deutsch, aber herein läßt er einen doch. Man hat den vielleicht optimistischen Gedanken, irgendeiner könnte hier etwas aussagen über das Zahlenverhältnis von Stationierungstruppen und Stationierungsfamilien im Bereich des 1. Armeekorps. Freundliche deutschsprechende Stenotypistinnen lassen sich gern bei Arbeit, Nachmittagsplausch oder Kaffeetrinken unterbrechen und führen einen irgendwohin. Aber das ist dann doch wieder nicht die richtige Stelle, die sich mit einem deutschen Journalisten unterhalten könnte oder möchte, und man zieht weiter. Wären die Fahrstühle nicht, käme man schnell ausser Atem.

Schliesslich erwischt man doch den richtigen Mann, einen "assimilieren" Major vom 4. Bureau, Ritter der Ehrenlegion. Er hat sich mit Kasernenbauten und Grundstücksangelegenheiten zu beschäftigen. Was er von den tausend Wohnungen hält, die jetzt in Südbaden neu gebaut werden sollen und für die es angeblich kein Baugelände gibt? Ach, das sei natürlich ein Theater, meint er. Schuld an allem seien die Grundstücksspekulanten, die kein Baugelände hergeben wollten. Die Städte wären schon bereit. Ob denn das überhaupt nötig wäre mit den neuen Wohnungen, ob denn noch sehr Familien aus Frankreich kämen? Entschieden wird die Frage verneint. Es handele sich um Umgruppierungen innerhalb der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik. Im Raume Koblenz weichen die Franzosen der Bundeswehr, konzentrieren sich auf Südbaden. Daher die neuen Wohnraumansprüche. Das klingt einigermaßen überzeugend. Der Zivil-Major verrät auch kein militärisches Geheimnis damit, denn die Umgruppierung kann man in der Zeitung nachlesen.

Der kitzligen Frage nach dem zahlenmässigen Verhältnis kämpfende Truppen : Verwaltungspersonal plus Familien weicht er aus. Nennt nur eine hohe Zahl Besatzung auf dem Düsenflugplatz Bremgarten - der übrigens schon zwei ganze Dörfer verschlungen hat - die man bitte nicht aufschreiben möchte (und die wahrscheinlich auch gar nicht stimmt). "Die Russen brauchen das nicht zu wissen..."

Befragt nach den zwei Divisionen, die Frankreich angeblich zur noch in Deutschland haben soll, nicht sehr starke übrigens, lacht der Major: "Was heisst heute schon Division! Ihr habt so verstaubte Ansichten in Deutschland. Heute kommt es auf die diversen Kampfverbände an. Allein hier sind wir ja schon ein Armeekorps." Dann malt er etwas auf einen Zettel, den man später aber nicht mitbekommt : auf ihm hat er ungefähr die neukonzentrierten Détachements aufgezeichnet. Hat er vielleicht schon zuviel gesagt? Ach, er hat nicht ...

Man erinnert an die Übergriffe der marokkanischen Einheiten voriges Jahr in Villingen und fragt, ob das inzwischen besser geworden sei. "Das ist ja alles ganz anders," sagt der Major und damit hat er recht.

4. März 1958

In der Tat hört man auch anderswo nichts mehr von Übergriffen der in Willingen, Reutlingen, Breisach und Donaueschingen stationierten farbigen Truppen. Die Disziplinarordnung wurde in diesen Garnisonen ausserordentlich verschärft, und mit der deutschen Polizei ist die Zusammenarbeit gut. Überhaupt die Disziplin! Der Major ist stolz auf das strenge Reglement in der Truppe: "Wenn ein Soldat bei uns mit den Händen in der Hosentasche angetroffen wird, geht er acht Tage in Arrest. Wir sind nicht so leger wie die Amerikaner." Man glaubt es und denkt dabei auch an die 70 000 "Besatzungskinder", deren Väter zur überwiegenden Mehrheit Amerikaner sind. Die Franzosen sind an den "Besatzungskindern" nur zu 15 Prozent beteiligt. Vielleicht, weil Frankreich so nahe ist ...

#### Ein Major erinnert an Oradour

Das Gespräch kommt immer wieder auf die Anforderung nach tausend neuen Franzosenwohnungen zurück. Das regt den Mann natürlich auf. Er will nicht begreifen, wie man so kleinlich sein kann. "Schliesslich tragen wir doch das, was hier auf Stationierungskosten gebaut wird, nicht in der Hosentasche weg. Heute schon ist im Koblenzer Raum pure Bundeswehr der lachende Erbe unserer Einrichtungen". Das ist sicher richtig. Die Franzosen können die von ihnen heute noch bewohnten Häuser nicht nach Hause mitnehmen. Auch nicht das phantastisch eingerichtete 300-Betten-Krankenhaus in Rittersbach bei Bühl, das vor zwei Jahren mit einem Stationierungskostenaufwand von zwanzig Millionen DM erbaut worden ist, und in dem es alles gibt, was sich Ärzte und Wissenschaftler nur wünschen können - vom Elektronenmikroskop bis hin zu den eigenen Ställen für Tierversuche. Aber wann werden die Franzosen nach Hause gehen?

Schliesslich fragt man den Major noch, wie es um die möglichen Ressentiments steht, die der Franzose im Stationierungsgebiet Bundesrepublik der deutschen Bevölkerung gegenüber hat. Der wird sehr ernst und meint: "Wenn hier einer aus Oradour ist und erlebt hat, wie die deutsche SS seine Familienangehörigen umgebracht hat, dann kann man wohl begreifen, wenn der Mann die Deutschen nicht heiß liebt - nicht alle Deutschen." Im grossen und ganzen gäbe es keine Ressentiments, der Franzose habe besten Kontakt zur deutschen Bevölkerung, er schätze vor allem ihren Fleiss, ihre Sauberkeit.

Als man schon auf der Strasse ist und nervös registriert, dass man im Zimmer des Herrn Major die Handschuhe liegen gelassen hat, kommt der schon nachgelaufen und bringt sie. "S'il vous plait, Monsieur!" - "Merci, Monsieur!"

Die Kontakte mit den Franzosen sind wirklich ausgezeichnet. Wenn sie nur nicht soviel Geld kosteten, und wenn man wüsste, dass die vielen verwaltenden Menschen in dem grossen Hause am Fahnbergplatz von Freiburg, dem "Panzerkreuzer", tatsächlich unentbehrlich für die Verteidigung sind.



4. März 1958

### Was die Freundschaft stört

Frankreich will, so hörte man im Hauptquartier Baden-Baden von einem, der es wissen müsste, die sechs Intendanturen der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin auf beinahe die Hälfte personell verkleinern. So ernsthaft soll den Verwaltungswasserköpfen zuleibe gerückt werden. "Auskärr-Kommissionen", "Heldenklaus" seien bereits in Aktion getreten, heisst es. Bei aller Freundschaft zu unserer Verbündeten: wir hätten wahrlich nichts dagegen. Vielleicht brauchte man dann die tausend Wohnungen in Südbaden nicht zu bauen, vielleicht könnte sogar die Hälfte der bisher belegten freigegeben werden?

Die Zeiten sind längst vorbei, da einmal ein französischer Oberbefehlshaber in Westdeutschland - es war 1947 der General König - dem Oberbürgermeister von Baden-Baden sagen konnte: "Wenn ich und meine Soldaten nicht auf der Stelle wieder Strom und Wasser haben, dann lasse ich die gesamte Zivilbevölkerung evakuieren." Damals waren in Baden-Baden 70 000 Franzosen stationiert, Deutsche gab es nur 38 000. Wasser- und Elektrizitätswerk wurden den Anforderungen nicht mehr gerecht, und der Herr General musste zuweilen abends ein Stündchen auf das elektrische Licht verzichten.

Es ist anders heute in der französischen Stationierungszone. Heute gibt es die ausgezeichnet funktionierende "Deutsch-französische Gesellschaft". Das deutsche Mitglied kann für einen Monatsbeitrag von einer Mark die schönsten Veranstaltungen miterleben, Fussball und Tischtennis spielen und billige Ausflüge nach Paris machen. In den Baden-Badener Soldatenheimen, den Hotels "Tour d'Auvergne" und "Foyer", tanzt die Jugend recht häufig bis tief in die Nacht - bei zumeist kostenlosen Getränken. Spitzenkräfte des Pariser Theaters geben Gastspiel an Gastspiel.

Das alles ist gut und schön, und man freut sich darüber. Aber dass sich Zehntausende von Franzosen gar so häuslich bei uns niedergelassen haben - manchmal sieht es so aus, als wäre Südbaden ein Teil vom "Mutterland Frankreich", so etwas wie eine Halbkolonie -, das stört die Freundschaft. Und zwar besonders dann, wenn man anlässlich neuer Forderungen nach Stationierungskosten das fatale Gefühl haben muss, auf dem Umweg über unnütze Verwaltungswasserköpfe und deren Familien indirekt den Krieg in Algerien mitzufinanzieren. (Schluss)

+ + +

Im Pressedienst von 26.2.1958 nahmen wir zu einem in Bonn kursierenden Gerücht Stellung, das Fernsehinterview mit dem NATO-Oberbefehlshaber General Norstad müsse als "bestellte Arbeit" gewertet werden. Wir möchten in diesem Zusammenhang ausdrücklich feststellen, dass sich die Formulierung "Bestellte Arbeit" weder auf das IFR-Fernsehen noch auf die beiden Journalisten beziehen sollte, die General Norstad interviewten. Unser Kommentar bezog sich auf den Inhalt der Norstad-Erklärung, die an andere Irreguläre erinnerte, bei denen ebenfalls vom Ausland her durch Stellungnahmen die deutsche Meinungsbildung beeinflusst werden sollte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel